

Der SPD-Press-Unternehmensbereich nach dem Zweiten Weltkrieg – ein Überblick

1. Die Neubegründung der sozialdemokratischen Presse nach dem Zweiten Weltkrieg

Für die deutsche Pressegeschichte bedeutete die Niederlage und Besetzung des Deutschen Reiches tatsächlich eine Stunde Null. Die Grundstrukturen des neu zu errichtenden deutschen Pressesystems wurden entsprechend den konzeptionellen Vorstellungen und Vorgaben der Alliierten geprägt; sie verfolgten das Ziel, die deutsche Bevölkerung nach den Jahren nationalsozialistischer Indoktrination wieder zur Demokratie und zum Antifaschismus zu erziehen – wobei freilich die Westmächte auf der einen und die Sowjetunion auf der anderen Seite mit diesen Begriffen sehr unterschiedliche Zielvorstellungen verbanden.

Die Siegermächte verboten sofort nach Übernahme der Regierungsgewalt die Herausgabe jeglicher Medien. Das so entstehende kurzzeitige Informationsvakuum füllten zunächst die Mitteilungsblätter der Besatzungsbehörden, bevor daran anschließend deutsche Zeitungen unter Kontrolle der jeweiligen Besatzungsbehörden erscheinen konnten. Die Anzahl dieser sogenannten Lizenzzeitungen stieg bis zur Aufhebung der Lizenzpflicht im August 1949 auf rund 150 in den Westzonen und den Westsektoren von Berlin an.¹

Die Bemühungen zunächst des Londoner Exilvorstandes der SPD, sodann des Büros Schumachers und daran anschließend des auf dem ersten Westzonen-Parteitag der SPD 1946 gewählten ersten ordentlichen Parteivorstands unter Kurt Schumacher um eine Rückerstattung und einen Wiederaufbau der von den Nationalsozialisten geraubten Parteipresse vollzogen sich so von vornherein unter den Rahmenbedingungen der alliierten Lizenzierungspraxis.

Etwaige Hoffnungen auf eine schnelle Wiederbegründung der sozialdemokratischen Parteipresse wurden allerdings enttäuscht: Während die in der sowjetischen Besatzungszone bis zur zwangsweisen Vereinigung der SPD mit der KPD zur SED lizenzierten sozialdemokratischen Zeitungen nach der Fusion ihre Identität verloren,² erlaubten die Amerikaner überhaupt keinen und die Franzosen nur wenigen Parteizeitungen das Erscheinen. Statt dessen lizenzierten die amerikanischen Besatzungsbehörden entsprechend ihrer Zeitungstradition

1 Vgl. allgemein Kurt Koszyk, *Pressepolitik für Deutsche. Geschichte der deutschen Presse*, Teil IV, Berlin 1986.

2 Die sowjetische Militäradministration hatte noch 1945 sechs SPD-Ausgaben mit 19 Nebenausgaben zugelassen, unter denen „Das Volk“ als eine Art Sprachorgan des Berliner Zentralausschusses fungierte; vgl. Koszyk, S. 349f.

ausschließlich Herausbergremien, deren Mitglieder unterschiedlichen politischen Richtungen nahestanden. Sie verfolgten so das Ziel einer „binnenpluralen“ Zeitungslandschaft.

Lediglich die britische Militäradministration stand Presseorganen, die politischen Parteien nahestanden, aufgeschlossen gegenüber. Allerdings schienen auch hier die Lizenzbestimmungen eine Rückkehr zu den Verhältnissen der Weimarer Republik auszuschließen, als sich die sozialdemokratische Presse ganz überwiegend im direkten Besitz der Parteiorganisationen bzw. der „Konzentration AG“ befunden hatte, deren Aktien wiederum von den Mitgliedern des SPD-Parteivorstandes gehalten wurden.³ Vielmehr vergab die britische Militäradministration die Publikationserlaubnis an Lizenziaten, die von den örtlichen Gliederungen der Parteien vorgeschlagen waren, nicht jedoch an die Parteiorganisationen selbst. Die solcherart lizenzierten, nicht selten dreiköpfigen Gesellschaftergremien, die sich in der Regel in Form von Gesellschaften mit beschränkter Haftung organisierten, waren als Quasi-Eigentümer formell allein der Militäradministration verantwortlich, die die erteilten Lizenzen ohne Angabe von Gründen jederzeit widerrufen konnte. Erklärtes Ziel der britischen Presseoffiziere war eine zwar parteinahe, doch unabhängige Presse und nicht eine von den jeweiligen Parteien abhängige Zeitungslandschaft. Eine enge Anbindung der Herausgeber an die Partei war allerdings schon allein dadurch gegeben, dass die Briten die Papierzuteilung an die Verlage und damit die Auflagenhöhe von den Wahlergebnissen abhängig machten, die die verschiedenen Parteien in den jeweiligen Verbreitungsgebieten der Zeitungen bei den ersten Kommunal- und Landtagswahlen erzielten. Zudem hatte die SPD ihr Vorschlagsrecht gegenüber der britischen Besatzungsbehörde derart genutzt, dass sich nahezu alle von der Partei vorgeschlagenen Lizenziaten ungeachtet ihrer formellen Selbstständigkeit als Treuhänder der Partei verstanden. 1947 gehörte außerdem je ein Mitglied des SPD-Parteivorstandes in sieben der zehn zu diesem Zeitpunkt bestehenden sozialdemokratischen Verlagen zur Lizenziatengruppe. Die Partei zahlte darüber hinaus „ihren“ Lizenzträgern den Anteil am Stammkapital der Verlagsgesellschaften, den diese zu entrichten hatten. Schließlich banden sich nahezu alle Gesellschafter sozialdemokratischer Verlage noch vor Aufhebung des Lizenzierungszwangs mittels eines einheitlichen Treuhandvertrags⁴ an den Parteivorstand, der die zuvor zwischen den SPD-Untergliederungen und den Lizenzträgern abgeschlossenen Treuhandverträge ablöste. Lediglich der Herausgeber der „Neue Ruhr-Zeitung“ (später: „Neue Ruhr–Neue

3 Zu den Eigentumsverhältnissen im Bereich des SPD-Pressbereichs und zur Rolle der „Konzentration AG“ in der Weimarer Republik vgl. Friedhelm Boll, *Die deutsche Sozialdemokratie und ihre Medien*, Bonn 2002, S. 52–69.

4 Inhaltlich enthielten die Treuhandverträge folgende Bestimmungen: „Die Gesellschafter haben ihre Rechte als Gesellschafter nur nach den Weisungen der SPD (i.e.: des Parteivorstands) auszuüben.“ Insbesondere war die Partei gegenüber den Gesellschaftern weisungsbefugt hinsichtlich: Satzungsänderungen; Errichtung/Auflösung von Zweigniederlassungen; Begründung von Organschaften (d.h. von Bezirksausgaben der einzelnen Stammbblätter); der Aufnahme und des Ausschlusses von Gesellschaftern; Bestellung und Abberufung von Geschäftsführern; die Auflösung der Gesellschaft. Ein Abdruck der Bestimmungen eines Treuhandvertrags findet sich bei Klaus Lesche, *Konzeption und Parteibindungen SPD-naher Lizenzzeitungen der britischen Besatzungszone*, Diplomarbeit, München 1986, S. 56f. Zur rechtlichen Bindekraft der Treuhandverträge vgl. Stefan Appellius, Heine – Die SPD und der lange Weg zur Macht, Essen 1999, S. 364f.

Rhein-Zeitung“) in Essen, Dietrich Oppenberg, der 1948 einen Treuhandvertrag mit dem SPD-Bezirk Düsseldorf unterzeichnet hatte, verweigerte sich diesem Verfahren.

Insgesamt lizenzierten die Briten bis Ende 1947 einschließlich der NRZ 15 SPD-nahe Zeitungen, zu denen sich zwei weitere in der französischen Zone gesellten. Diese 17 Blätter erzielten eine Auflage von 2,5 Millionen Exemplaren,⁵ womit sie etwa 15 Prozent der Leserschaft Westdeutschlands und Westberlins erreichten.

Nach Aufhebung der Lizenzpflicht in der US-Zone am 4. Juli 1949, der die britischen und französischen Besatzungsbehörden am 23. September desselben Jahres folgten, war auch hier die Möglichkeit der Herausgabe sozialdemokratischer Zeitungen gegeben. Sie trafen jedoch auf die starke Konkurrenz der bereits seit einigen Jahren etablierten überparteilichen Lizenzpresse. So erreichten die neuen SPD-Tageszeitungen im Oktober 1949 lediglich eine Auflagenhöhe zwischen 4.000 und 22.000 Stück – ein Niveau, auf dem sie in den folgenden Jahren verharren sollten.⁶

Komplettiert wurde die Neubegründung der sozialdemokratischen Presse in der Besatzungszeit durch die Wiederbelebung des Zentralorgans der Partei: Herausgegeben von Kurt Schumacher, Alfred Nau und Fritz Heine, erschien der „Neue Vorwärts“ erstmals am 11. September 1948 mit einer Auflage von 50.000 Exemplaren. Verlegt wurde das traditionsreiche Blatt im „Neue Vorwärts Verlag Nau und Co.“, in dem eine Reihe weiterer Fach- und Funktionsblätter publiziert wurden.⁷

Zur Unterstützung und Koordinierung des Wiederaufbaus der dezentral gegründeten SPD-Presse-Unternehmen wurde am 29. Oktober 1946 auf einer Konferenz der Geschäftsführer der zu diesem Zeitpunkt bestehenden SPD-Verlage, Vertretern des Parteivorstands und verschiedener regionaler Parteigliederungen die „Konzentration“ aus der Taufe gehoben. Diese wurde am 15. Januar 1947 unter dem Titel „Konzentration GmbH – Interessengemeinschaft sozialistischer Wirtschaftsunternehmen“ in Hannover ins Handelsregister eingetragen. Ihre Aufgabenstellung entsprach im wesentlichen derjenigen der bereits in der Weimarer Republik bestehenden „Konzentration AG“: Die angeschlossenen Unternehmen sollten in wirtschaftlicher und rechtlicher Hinsicht beraten werden und ihre Bilanzen durch Revisoren der „Konzentration“ geprüft werden. Auch die Bearbeitung der Steuerangelegenheiten der angeschlossenen Parteiunternehmen fiel in die Zuständigkeit der „Konzentration“, wofür sie wiederum die eigens für diesen Zweck gegründete „Allgemeine Treuhandgesellschaft“ (ATH) beauftragte. Eine angegliederte Einkaufszentrale hatte die Aufgabe, „durch

5 Siegfried Heimann, Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands, in: Richard Stöss (Hg.), Parteienhandbuch, Bd. 4, S. 2025–2216, S. 2196.

6 Vgl. Appellius, S. 346.

7 So gab der Parteiverlag seit Juli 1948 die Zeitschrift „Die Genossin“ (später: „Die Gleichheit“) heraus, die sich an die weiblichen SPD-Mitglieder richtete. Seit dem 1. Oktober 1949 erschien „Die Demokratische Gemeinde“, ein Informationsdienst für sozialdemokratische Kommunalpolitiker. Des Weiteren gab der Verlag eine Reihe sozialdemokratischer Pressedienste heraus und übernahm die Herausgabe der SPD-Parteitagprotokolle, der Jahrbücher und der „SOPA-DE-Querschnitte“. Schließlich publizierte der Verlag jährlich einen „Illustrierten Volkskalender“.

ihre Vermittlung den Parteiunternehmungen leistungsfähige Lieferanten nach[zu]weisen und dadurch einwandfreie und prompte Belieferung [zu] erreichen.“ Zudem sollte die „Konzentration“ – und dies war ein wesentlicher Grund für die Wahl des Namens – die Restitutionsansprüche der Partei auf das von den Nationalsozialisten geraubte Vermögen gegenüber den zuständigen Stellen verfolgen.⁸

Im Gegensatz zur „Konzentration AG“ der Weimarer Republik, deren Aktionäre die Mitglieder des Parteivorstandes waren, wurden die Kapitalanteile an der neu gegründeten „Konzentration GmbH“ dezentral von den angeschlossenen Verlagen gehalten. Der Parteivorstand der SPD – in Person des Schatzmeisters Alfred Nau – verfügte hingegen zunächst lediglich über fünf Prozent des Stammkapitals.

2. Die sozialdemokratische Presse in den fünfziger Jahren

Die Rahmenbedingungen sozialdemokratischer Medienpolitik änderten sich in den frühen fünfziger Jahren erheblich gegenüber der Besatzungszeit. Bereits die Währungsreform im Juni 1948 hatte, wie bei allen Zeitungen, ein Absacken der Auflage der sozialdemokratischen Blätter bewirkt: Die Verminderung der Kaufkraft der Bevölkerung und die Ausweitung des Warenangebots führten zu einer Veränderung des Konsumverhaltens, in welchem der Erwerb einer Tageszeitung an Priorität verlor. Zudem stiegen die Papierpreise erheblich. Gravierender noch wirkte sich die Deregulierung des Zeitungsmarktes durch die Aufhebung der Lizenzpflicht aus. Die Marktöffnung führte innerhalb kürzester Zeit zu einem Gründungsboom. Die Altverleger drängten insbesondere mit der von der SPD gefürchteten – da unter Generalverdacht konservativer, wenn nicht reaktionärer Grundhaltung stehenden – „General-Anzeiger“ – und Heimatpresse auf den Markt und traten in Konkurrenz zu den noch von den Alliierten und daran anschließend vom Presserat lizenzierten Publikationen. Die Auflagenhöhe der meisten sozialdemokratischen Zeitungen nahm so zwischen Anfang 1948 und Dezember 1952 – teilweise gravierend – ab; einzelne Verlage erlagen der Konkurrenz und wurden geschlossen.⁹

Dennoch verfügte die SPD zu Beginn der fünfziger Jahre über einen stattlichen Verbund parteieigener Zeitungen und Verlage. Zu den 23 eigenständigen täglich erscheinenden SPD-Publikationen zählten im Jahr 1952 auch zwei Boulevardzeitungen: die im September 1949 gegründete, zunächst sehr erfolgreiche und ihre Auflage schnell steigende „Hamburger

⁸ Vgl. Konzentration GmbH, Der Stand unserer Unternehmungen, Hannover o. J. (1947); Detlev Brunner, 50 Jahre Konzentration-GmbH: die Geschichte eines sozialdemokratischen Unternehmens 1946–1986, Berlin 1986, S. 32ff. Auch der Berliner SPD-Zentralausschuss hatte schon 1945 eine „Konzentration-GmbH“ gegründet, die ebenfalls das Ziel verfolgte, als vermeintliche Rechtsnachfolgerin der „Konzentration AG“ Restitutionsansprüche geltend zu machen, vgl. ebd., S. 38. Zur Restitution sozialdemokratischer Vermögenswerte nach 1945 vgl. Beate Häupel, Das Vermögen der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung. Aufbau, Enteignung und Wiedergutmachung, in: Helga Grebing/Karin Junker, Frau. Macht. Zukunft. Festschrift für Inge Wettig-Danielmeier, Marburg 2001, S. 359–374.

⁹ Vgl. Anhang.

Morgenpost“ und die Berliner „nachtdepesche“. Auf dem Höhepunkt der Entwicklung waren unter dem Dach der „Konzentration GmbH“ 26 Zeitungsverlage und 30 Druckereibetriebe zusammen geschlossen, die mit 15.000 Beschäftigten pro Tag 1,4 Millionen Zeitungsexemplare produzierten – was einem Anteil von knapp 10 Prozent an der bundesdeutschen Gesamtauflage entsprach.¹⁰

Das Projekt, eine bundesweit erscheinende, sozialdemokratische Boulevardzeitung am Markt zu platzieren, schlug allerdings fehl. Die unter dem phantasievollen Namen „Blitz-Zeitung“ im November 1953 mit einer Auflage von über drei Millionen Stück – darunter zwei Millionen Werbeexemplare – auf den Markt geworfene Postille fand nicht die Gunst des Publikums und wurde bereits im Januar 1954 wieder eingestellt, nachdem sie dem Verlagshaus der Hannoverschen Presse Verluste von knapp einer halben Millionen Mark eingebracht hatte.¹¹ Vereinzelte Versuche, auf lokaler Ebene sozialdemokratische Boulevardblätter zu etablieren, endeten ebenfalls mit Fehlschlägen.¹²

Die ursprüngliche Funktion und Zielsetzung der SPD-Pressen-Unternehmen bestanden dabei keineswegs in erster Linie darin, Gewinne zu erwirtschaften. Vielmehr hatten sie die Aufgabe, die Politik und Haltung der Sozialdemokratie in einer durchgängig als gegnerisch, wenn nicht feindlich empfundenen Medienlandschaft zu erläutern und zu verbreiten. So war die SPD bemüht, in allen Gebieten, insbesondere in Diaspora-Gebieten, ungeachtet von Rentabilitätsüberlegungen, flächendeckend vertreten zu sein. 1956 gaben allein die „Hannoversche Presse“ 14, die „Freie Presse“ in Bielefeld 16 und die „Westfälische Rundschau“ in Dortmund sogar 18 dieser Kopfblätter heraus. 1959 vertrieben die zu diesem Zeitpunkt bestehenden 21 SPD-Tageszeitungen zusammen nicht weniger als 107 Nebenausgaben.¹³ Sie erreichten zu diesem Zeitpunkt bei einer Gesamtauflage von etwa 1,1 Millionen einen Marktanteil von 9 bis 10 Prozent der Leserschaft. Wie sehr die wirtschaftliche Rentabilität der SPD-Pressenunternehmen zu diesem Zeitpunkt bereits untergraben war, zeigte sich in den sechziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts.

3. Die Auflösung der sozialdemokratischen Presse in den sechziger und siebziger Jahren

Die überwiegende Zahl der SPD-Pressen-Unternehmen war spätestens Mitte der sechziger Jahre in eine wirtschaftlich prekäre Lage geraten. Welche internen und externen Gründe dafür verantwortlich waren, ist sicherlich von Fall zu Fall verschieden gewesen und kann an Hand des derzeitigen Forschungsstandes weder generell noch im Einzelnen sicher ent-

¹⁰ Vgl. Appellius, S. 383.

¹¹ Vgl. ebd., S. 382f.

¹² So übernahm der Rechtsanwalt und ATH-Chef Herbert Allerdt 1963 treuhänderisch für die SPD einen 49-prozentigen Anteil am „Frankfurter Abendecho“, der jedoch nach hohen Verlusten bereits 1967 wieder abgestoßen wurde.

¹³ Vgl. Heimann, S. 2197.

den werden. So hatten die in der ehemaligen amerikanischen Besatzungszone in den späten vierziger Jahren gegründeten SPD-Zeitungen von vornherein einen schwereren Stand als die in der britischen Zone lizenzierten Organe, da sie von Beginn an der etablierten Konkurrenz der von den Amerikanern zugelassenen Gruppenlizenzzeitungen gegenüber standen. Allerdings lässt sich eine Reihe wirtschaftlicher Belastungsfaktoren benennen, unter denen mehr oder minder alle sozialdemokratischen Presse-Unternehmen litten und die für ihr Scheitern – in jeweils unterschiedlicher Gewichtung – mitverantwortlich waren: Zunächst einmal, dies wurde erwähnt, leisteten sich sämtliche größeren SPD-Zeitungen die Herausgabe einer Reihe teils vollständig unrentabler Nebenausgaben; Rentabilitätsaspekte traten hinter dem Ziel der publizistischen Unterstützung der Sozialdemokratie zurück. Zugleich traf die SPD-Presse wie auch die sozialdemokratische Partei auf Vorbehalte der Wirtschaft – Nachteile in der Anzeigenakquisition gegenüber der bürgerlichen Konkurrenz waren die dauerhafte Folge. Vielen SPD-Zeitungen fehlte wohl auch ein tragfähiges publizistisches Konzept, das geeignet war, sich dem sich ändernden Lesergeschmack in einer Zeit erodierender Sozialmilieus anzupassen. Andere Gründe kamen hinzu: Die Ausgabenseite der SPD-Verlage wurde durch übertarifliche Lohnzahlungen und betriebliche Sozialleistungen belastet, zumal die Belegschaften der Unternehmen gewerkschaftlich schlagkräftig organisiert waren. Werbeausgaben an die Partei dürften, zumindest punktuell und zeitweise, ebenfalls belastend gewirkt haben und zur schließlichen Finanzmisere vieler SPD-Presse-Unternehmen beigetragen haben. Zugleich führten die SPD-Verlage „Beiträge“ an die „Friedrich-Ebert-Stiftung“ ab. Als weiterer wichtiger Faktor trat hinzu, dass die sozialdemokratischen Verlage etwaige Verluste im Printbereich in den fünfziger Jahren in der Regel durch Gewinne der jeweils zu den Unternehmen gehörenden Druckereien ausgleichen konnten. Als die Rezession der Jahre 1966/67 auch den Druckereibetrieb erfasste, entfiel diese Möglichkeit, so im Fall des Berliner „Telegraf“ und des „Hamburger Abendecho“. Schließlich verschärfte die sich seit den frühen sechziger Jahren schnell beschleunigende Pressekonzentration die Wettbewerbssituation und damit die wirtschaftliche Lage der sozialdemokratischen Verlage zusätzlich.¹⁴

Seit Mitte der sechziger Jahre stellte eine sozialdemokratische Zeitung nach der anderen ihr Erscheinen ein, wurde verkauft oder musste mit einem bürgerlichen Konkurrenzblatt fusionieren. Die Untersuchung der Ursachen und Bedingungen dieses Niedergangs bildet sowohl aus medienhistorischer wie aus wirtschafts- und sozialgeschichtlicher Perspektive ein wichtiges Forschungsdesiderat.¹⁵ In den frühen sechziger Jahren musste zunächst eine Reihe kleinerer, auflagenschwacher SPD-Zeitungen die Segel streichen. Im September 1962 traf es die Stuttgarter „AZ für Württemberg“, im März 1966 die Mainzer „Freiheit“ und im Oktober desselben Jahres die „Flensburger Presse“. Weitere folgten. Von den bedeutenderen Zeitun-

14 Zu den spezifischen ökonomischen Problemen sozialdemokratischer (Medien-) Unternehmen vgl. Wolfgang Ressmann, *Strukturprobleme sozialdemokratischer Medienunternehmen*, Wiesbaden 1991, sowie Götrick Wewer, *Sozialdemokratische Wirtschaftsbetriebe: Eine politikwissenschaftliche Untersuchung von partei-eigenen Unternehmen in der Bundesrepublik Deutschland*, Opladen 1987.

15 Dies gilt in gleichem Maß für die Presse der übrigen Parteien, deren Erforschung noch ganz am Anfang steht. Zur Parteipresse von CDU, FDP und KPD vgl. einführend Koscyk, S. 178–198 sowie Ressmann, S. 133–142.

gen musste 1967 zunächst das aus dem traditionsreichen „Hamburger Echo“ hervorgegangene „Hamburger Abendecho“ schließen, nachdem es allein im letzten Jahr seines Erscheinens Verluste in Höhe von annähernd 5 Millionen DM aufgehäuft hatte und die Erlöse der angeschlossenen Druckerei dieses Defizit nicht mehr auch nur annähernd auffangen konnten.¹⁶

Auf die seit der zweiten Hälfte der sechziger Jahre sichtbar werdende Krise zahlreicher sozialdemokratischer Zeitungen und Verlage, deren Diskussion spätestens seit dem Untergang des Hamburger Echos einen auch in den Medien und der Öffentlichkeit zunehmend breiteren Raum einnahm, reagierte die SPD-Parteiführung mit dem Versuch einer Reorganisation ihres Unternehmensbereiches einschließlich ihres Presseverbundes. Am 19. Juni 1971 beschloss der Parteivorstand, einem von der Geschäftskommission der Partei ausgearbeiteten Maßnahmenkatalog folgend, die Gründung einer neuen Obergesellschaft, der sämtliche Beteiligungen der Partei an graphischen Betrieben und Verlagen zu übertragen seien. Am 22. Dezember 1971 konstituierte sich die „Deutsche Druck- und Verlagsgesellschaft GmbH“ (DDVG) mit Sitz in Hamburg; am 23. Februar 1972 wurde sie ins dortige Handelsregister eingetragen. Dem Aufsichtsrat unter Vorsitz des Schatzmeisters gehörten Vertreter des Parteivorstandes, der Bank für Gemeinwirtschaft (BfG) sowie Belegschaftsvertreter an. Die „Konzentration GmbH“ blieb (zunächst) lediglich für die Verwaltung des parteieigenen Immobilienbereichs zuständig.¹⁷

Schon 1972 fiel dem Aufsichtsrat der DDVG die undankbare Aufgabe zu, eines der ehemaligen Flaggschiffe der SPD-Presse liquidieren zu müssen: den Berliner „Telegraf“ (auch die ebenfalls in Berlin erscheinende „nachtdepesche“ wurde geschlossen). Die Auflage des „Telegraf“, die 1946 nicht weniger als 530.000 Exemplare betragen hatte, war über 74.000 1960 auf nur noch 36.000 1970 gesunken, und das Blatt hatte Verluste in zweistelliger Millionenhöhe eingefahren. Die politisch symbolträchtige Schließung des Traditionsblattes und die Umstände seiner Einstellung – die „Telegraf“-Mitarbeiter erfuhren vom Verlust ihrer Arbeitsplätze aus dem Radio – führten zu heftigen öffentlichen und innerparteilichen Protesten an der sozialdemokratischen Politik gegenüber den eigenen Betrieben und Belegschaften.¹⁸

Vermieden werden konnte der Konkurs hingegen zunächst bei der 1946 von Kurt Schumacher mitbegründeten, ebenfalls hoch defizitären „Hannoverschen Presse“ – seit 1971: „Neue Hannoversche Presse“ (NHP). Auch die Auflage dieser Zeitung, die in scharfer Konkurrenz zur von der Madsack-Gruppe herausgegebenen „Hannoverschen Allgemeinen Zeitung“ (HAZ) stand, hatte sich im Lauf der Jahre stetig vermindert: über 155.000 verkaufte Exemplare 1955 auf 114.000 1970 auf 86.000 1973. Nachdem die DDVG Ende 1972 einen Anteil von 50 Prozent der NHP an die Madsack-Gruppe verkauft hatte – die verbliebenen 50 Prozent wurden drei Jahre später gegen eine Minderheitenbeteiligung an dem Hannoveraner Verlagshaus eingetauscht –, ließ sich allerdings auch diese Zeitung nicht mehr als Teil des SPD-Pressebereichs betrachten.

16 Vgl. Appelius, S. 411f.

17 Vgl. Brunner, S. 96ff.

18 Zur Einstellung des „Telegraf“ vgl. Appelius, S. 427ff.

Der Umfang des im eigentlichen Sinne als SPD-Presse zu bezeichnenden Medienbereichs schrumpfte weiter, als die NRZ, die innerhalb des SPD-Presseverbundes stets eine nicht konfliktfreie Sonderrolle gespielt hatte, noch in den frühen siebziger Jahren aus der (alten) „Konzentration GmbH“ austrat. Sie konnte spätestens seit diesem Zeitpunkt nicht mehr als Teil des SPD-Presseverbundes charakterisiert werden. Auch die „Westfälische Rundschau“ verließ im ersten Jahrfünft der siebziger Jahre die Obergesellschaft der sozialdemokratischen Zeitungen.¹⁹ Das Ausscheiden beider Blätter hatte Konsequenzen für den gesamten noch bestehenden Bereich sozialdemokratischer Printmedien, da es allein ihnen gelungen war, auch in wirtschaftlichen Krisenzeiten Gewinne zu erzielen, die mittelbar, etwa durch Finanzierung der Arbeit der „Konzentration GmbH“, auch den übrigen Parteizeitungen zu Gute kamen.

Bereits im Jahr 1975 musste der Unternehmensbereich der SPD erneut umstrukturiert werden. Am 28. Dezember wurde die Konzentration GmbH in eine Co KG verwandelt. Sie diente nun wieder als Obergesellschaft für die noch in SPD-Besitz befindlichen Eigenbetriebe. Die DDVG behielt hingegen die Beteiligungen an denjenigen Unternehmen, die sich nicht ausschließlich im Besitz der Partei befanden und die in der Folgezeit primär als Vermögensanlage der SPD unter betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten verwaltet wurden.²⁰ Lediglich die in der „Konzentration Co KG“ zusammen gefassten Zeitungen konnten Mitte der siebziger Jahre noch als Teil der SPD-Presse-Unternehmen bezeichnet werden. Übrig geblieben waren allein, abgesehen von einigen kleineren Unternehmen, das von der „Allgemeinen Druck- und Pressegesellschaft“, einer Tochter der „Auerdruck GmbH“, herausgegebene Boulevardblatt „Hamburger Morgenpost“ und der Neue Vorwärts Verlag mit dem Parteiorgan „Vorwärts“ sowie das Kölner „Druckhaus Deutz.“ Nachdem der SPD-Parteitag in Mannheim im November 1975 die Einführung der paritätischen Mitbestimmung in den parteieigenen Betrieben beschlossen hatte, setzte sich der Aufsichtsrat der „Konzentration“ seit dem 1. Januar 1977 aus sechs Vertretern der Anteilseigner und sechs Arbeitnehmervertretern zusammen.

Die Erwartung einer positiven Entwicklung des neuformierten Eigenbetriebsbereichs erfüllten sich jedoch nicht. Insbesondere die „Hamburger Morgenpost“ und der „Vorwärts“ erwirtschafteten weiterhin Jahresverluste in Millionenhöhe. Dabei war die wirtschaftliche Stellung der „Hamburger Morgenpost“ durch eine ganze Serie ökonomischer Fehlentscheidungen ihrer Muttergesellschaft, der „Auerdruck GmbH“, unterminiert worden. Schließlich ließ sich die drohende Einstellung der lange Zeit erfolgreichen Zeitung nur noch durch ihren Verkauf abwenden: 1980 übernahm der Baseler Verlag „Greiff AG“ 60 Prozent der Anteile. Die letzte Ausgabe unter sozialdemokratischer Regie erfolgte am 29. Februar 1980.²¹

19 Über Geschichte und Entwicklung dieser bedeutenden sozialdemokratischen Zeitung liegen in der Forschungsliteratur so gut wie keine Angaben vor; auch über die Umstände oder auch nur den genauen Zeitpunkt ihres Ausscheidens aus der sozialdemokratischen Verlagsgemeinschaft finden sich keine Angaben.

20 Vgl. Brunner, S. 100ff.

21 Vgl. Appelius, S. 436ff.

Mit dem „Vorwärts“, der zusammen mit dem „Vorwärts Verlag“ 1979 wieder aus der „Konzentration“ herausgelöst und entschuldet worden war, stellte 1989 auch das ehemalige Zentralorgan der Partei sein Erscheinen ein, nachdem die Partei die jährlich anfallenden Verluste nicht mehr zu tragen gewillt war.²²

Das Ende der SPD-Presse war damit besiegelt. Mit Ausnahme zweier Lokalzeitungen, der „Frankenpost“ in Hof und der Coburger „Neuen Presse“, befinden sich keine Tages- oder Wochenzeitungen mehr mehrheitlich im Besitz der Partei. Dies bedeutet nicht, dass sich die Sozialdemokratie gänzlich vom Medienmarkt zurück gezogen hat. Im Gegenteil: Sie hält über die DDVG auch weiterhin eine Vielzahl von Minderheitsbeteiligungen an regionalen Presseverlagen, die „wirtschaftlich das Herzstück des Unternehmensbereichs (der SPD)“²³ darstellen, die jedoch keinen Einfluss auf die politische Ausrichtung der Zeitungen mehr zulassen und primär unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten verwaltet werden.

22 Zum „Vorwärts“ vgl. Thomas Schürmann, *Das Ende des „Vorwärts“: eine Monographie über den Liquidationsprozess der sozialdemokratischen Wochenzeitschrift zwischen 1975–1989*, Frankfurt a.M. 1997.

23 SPD-Parteivorstand (Hg.), *Finanzbericht der Schatzmeisterin 1997–99*, Berlin 1999, S. 17.

Anhang: Die Presse der SPD nach 1946

a) Die Lizenzpresse in der britischen und französischen Besatzungszone.

Titel	Lizenzträger/ Herausgeber	Zulassung	Start- auflage	Auflage Dez. 1952	Auflage 1958	Auflage 1971	Austritt aus Verlagsverbund	Verkauf	Eingestellt	Letzte Auflage
Aachener Nachrichten	Hollands, Stadhagen, Schäfer	27.6.1945	44.000				1946			
Rheinische Zeitung (Köln)	Böckler, Görtinger u.a.	18.2.1946	84.000	33.000					1953	
Rhein-Echo (Düsseldorf)	Stoever, Ingenhut, Kobusch	6.3.1946	170.000	36.000					1953	
Westfälische Rund- schau (Dortmund)	Henßler, Sartler, Sträter	26.2.1946	353.000	232.000	208.000	256.000	1970–1975			
Freie Presse (Bielefeld)	Groß, Eilers, Triem	2.4.1946	145.000	95.000	(174.000)			1957		
Hamburger Echo	Paul Bugdahn u.a.	21.3.1946	160.000	55.000	k.A.				1967	45.000
Lübecker Freie Presse	Albrecht, Gadgens	25.3.1946	71.000	10.000	k.A.				1969	4.000
Schleswig-Holstei- nische VZ (Kiel)	Ratz	25.3.1946	78.000	27.000	k.A.				1970	11.000
NRZ (Essen)	Oppenberg, Nieswand	8.7.1946	127.000	196.000	k.A.	243.000	1972			
Hannoversche Presse	Schumacher, Nau, Heine	18.7.1946	240.000	164.000	155.000	128.000		1972/75		
Nordwestdeutsche RS (Wilhelmsh.)	Hünlich, Wunderlich, Gramer	18.3.1947	100.000	12.000	k.A.				1960 (?)	
Das Volk (Freiburg)	Leibbrandt, Marzloff	3.7.1946*	62.000	14.000					1950/51(?)	

Titel	Lizenzträger/ Herausgeber	Zulassung	Start- auflage	Auflage Dez. 1952	Auflage 1958	Auflage 1971	Austritt aus Verlagsverbund	Verkauf	Eingestellt	Letzte Auflage
Die Freiheit (Mainz)	Böler, Bett- genhäuser, Steffen	11.4.1946*	25.000	22.000					1966	
Der Württemberger (Reutlingen)	Kurt Gall	16.8.1947*	75.000						1950/51(?)	
Sozialdemokrat (Berlin)	Schöpflin, Tausch, Deutsch, Mattick, Neuman	3.6.1947*	65.000						1951	9.000
Spandauer Volksblatt	Erich Lezins- ky	26.2.1946	30.000				1949			
Der Telegraf (Berlin)	Scholz, Löbe, Leber	1.4.1946	400.000	101.000	75.000	36.000			1972	59.000

b) Nach Aufhebung der Lizenzpflicht gegründete und erworbene Zeitungen

Titel	Ersterscheinung	Startauflage	Auflage Dez. 1952	Auflage 1958	Auflage 1971	Verkauft	Eingestellt	Letzte Auflage
Süddeutschland								
AZ Bad. Abendzeitung (Karlsruhe)	23.7.1949	5.000	7.000					6.000
AZ Bad.-Pfälz. Abendzeitung (Mannheim)	27.7.1949	15.000	22.000				1977	12.000
AZ Württemb. Abendzeitung (Stuttgart)	1.8.1949	6.000	6.000				1967	7.000
Neckar-Echo (Heilbronn)	1.8.1949	5.000	5.000				1960	
Oberfränkische VZ (Hof/Saale)	9.4.1949	22.000	7.000		4.000		1971	1.000
Südpst (München)	3.9.1949	k.A.	4.000					
Regensburger Woche	1949	7.500	10.000				1968	3000
AZ Saarbrücken				38.000			ca.1965	13.000
Schwäbische VZ (Augsburg)	1949	2.500	1.500				vor 1960	
Fränkische Tagespost (Nürnberg)	1949	12.500	11.000		18.000		1971	7.000
Erlanger Volksblatt	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.		1971	
Frankenpost (Hof)	1969				75.500			
Coburger Neue Presse	1962				26.000			
Volksstimme (Saarbrücken)	1946	60.000	k.A.	k.A.	k.A.		vor 1960	
Saarbrücker Allgemeine	vor 1960			38.000a)			vor 1970	
Südwest Rundschau (Freiburg)	Vor 1960			6.000a)			vor 1965	

	Ersterscheinung	Startauflage	Auflage Dez. 1952	Auflage 1958	Auflage 1971	Verkauf	Eingestellt	Letzte Auflage
Norddeutschland								
Wilhelmshavener Rundschau	k.A.						1971	7.000
Cuxhavener Presse	k.A.							
Hannoversche Rundschau	k.A.			39.000a)	30.000b)		1971	16.000
Lübecker Morgen	Vor 1960			11.000a)			1969	
Boulevardpresse								
Hamburger Morgenpost	Sept. 1949	ca.100.000	ca.100.000	149.000	267.000	1982		
nachdepesche (Berlin)	Dez. 1949	40.000		32.000	30.000		1972	28.000
Frankfurter Abendpost	1963						1966	
Blitz	Nov. 1953	3.025.000					Jan. 1954	

a) 1960

b) 1970

c) 1965

c) Sozialdemokratische Wochenzeitungen

Titel	Ersterscheinung	Startauflage	Auflage 1950	Auflage 1960	Auflage 1970	Eingestellt
(Neuer) Vorwärts	1948	50.000	55.000	55.000	65.000	1989
Berliner Stimme	1949	k.A.	22.000	20.000	16.000	nach 1970
Bremer Volkszeitung	1949	21.000				vor 1960
Bremer Bürgerzeitung	vor 1960	k.A.		8.000	18.000	nach 1970
Die Südpost (München)	1949	20.000	20.000			1960
Oberfränkische VZ (Hof/Saale)	1949	22.000	7.000		4.000	1971
Ir1 Südpost (München)	1949	k.A.	4.000			vor 1955
Regensburger Woche	nach 1950	k.A.		25.000a)		1968
Volkstimme (Frankfurt)	1949/50	k.A.	35.000			vor 1960
Flensburger Presse	nach 1950	k.A.		8.000		vor 1970
Nord-Woche (Kiel)	nach 1965	k.A.			12.000	um 1975

a) 1965